



Verantwortung für das Miteinander

Rede des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Matthias Platzeck

SPERRFRIST: BEGINN DER REDE
ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

I.

Manche sagen: „In diesem Wahljahr gibt es nicht viel zu entscheiden.“ Manche sagen: „In dieser Wirtschaftskrise habe ich andere Sorgen als Politik.“ Manche sagen: „Die Europawahl im Juni bringt mir sowieso nichts.“ Manche sagen: „Ich weiß noch gar nicht so richtig, wieso es auf die Landtagswahl hier in Brandenburg am 27. September ankommen soll.“ Manche sagen: „Bei der Bundestagswahl in diesem Jahr werden die Weichen in Deutschland ja doch nicht neu gestellt.“

Sie alle irren sich. Sie alle haben noch nicht gemerkt, um wie viel es wirklich geht in diesem Jahr. Ihnen allen müssen wir klar und deutlich sagen, warum die Wahlen in diesem Jahr so wichtig sind. Wie viel diesmal in Wirklichkeit auf dem Spiel steht. Ihnen allen müssen wir sagen: Auf *Eure* Entscheidung kommt es an! Auf jeden einzelnen und jede einzelne von Euch kommt es an. Gerade jetzt! Gerade in diesem Jahr!

In diesem Jahr geht es um die Zukunft unserer Heimat Brandenburg:

- Selbstbewusste Erneuerung aus eigener Kraft, Stabilität und Zusammenhalt, Vernunft und Fortschritt – und das alles erst recht in schwierigen Zeiten. Dafür stehen *wir*. Dafür steht ohne Wenn und Aber die Brandenburger Sozialdemokratie.

- *Oder*: Unruhe und Nervosität, parteiinternes Gezänk und ständige Personalquerelen. Dafür stehen in Brandenburg andere. Am 27. September haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Wahl.

Aber in diesem Jahr, am selben Tag, entscheiden die Wählerinnen und Wähler zugleich auch über die grundlegende Richtung, die ganz Deutschland im kommenden Jahrzehnt einschlagen wird. Und in diesem Jahr, schon in wenigen Wochen, geht es auch um die Frage, welche Idee von Europa sich durchsetzen wird:

- Ein soziales Europa mit Lebenschancen für alle – das ist unsere sozialdemokratische Vision.
- *Oder*: ein Europa, in dem das alte Denken dominiert – die abgestandenen Ideen, die gerade erst die ganze Welt in die große Krise geführt haben.

Es geht also wirklich um etwas in diesem Jahr. Die Menschen in Brandenburg, in Deutschland und Europa haben die Wahl zwischen ganz unterschiedlichen Vorstellungen. Zwischen den verfehlten Ideen von gestern – oder dem Aufbruch zum Besseren mit uns. Darum müssen wir den Menschen sagen, warum es gerade in diesen schwierigen Zeiten so wichtig ist, dass Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. Warum es so wichtig ist, dass Sozialdemokraten die Richtung der Politik bestimmen. Hier bei uns in Brandenburg. Im Kanzleramt in Berlin. Und auch im Europaparlament, das deutlich mehr Bedeutung und Einfluss hat, als den meisten in Deutschland bewusst ist. „*Sie* haben die Wahl. Auf *Sie* kommt es an“: *Das* müssen wir den Menschen im Land erklären. Und heute, hier und heute in Potsdam fangen wir damit an.

II.

Worum geht es bei uns hier in Brandenburg? Worum geht es in Deutschland? Worum geht es überall in Europa? Was ist heute der Kern der politischen Auseinandersetzung in diesem Jahr? Wir erleben ja gerade eine wahre Flut von runden Jahrestagen. Einer der wichtigsten dieses Jahres liegt gerade erst fünf Tage zurück. Er hätte noch größere Aufmerksamkeit verdient gehabt:

Vor exakt 30 Jahren, am 4. Mai 1979, wurde Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin gewählt. Mit ihrem Amtsantritt begann der weltweite

Siegeszug der marktradikalen Ideologie. Wie niemand sonst stand Margaret Thatcher für die Abkehr vom Sozialstaat, für die Abkehr von einer Wirtschaftsordnung nach menschlichem Maß. „Es gibt keine Alternative“ – das war der berühmte Schlachtruf der britischen Premierministerin. Margaret Thatcher war die Vorreiterin des marktradikalen Tsunami der letzten Jahrzehnte. „So etwas wie eine Gesellschaft gibt es gar nicht“ – das waren Maggie Thatchers berühmte Worte. Keine Gemeinschaft und keinen Gemeinsinn. Keinen sozialen Zusammenhalt, keine Solidarität, keine Verantwortung für das Ganze.

Nur noch einzelne Männer, einzelne Frauen, einzelne Familien sollte es noch geben. „Jeder für sich, allein gegen alle“ – das im Kern war die Verheißung der marktradikalen Lehre. Andere folgten Thatcher nach. In Amerika. In Asien. In Europa. Auch in Deutschland.

Es ist noch nicht lange her, ein paar Jahre gerade erst, da hat die CDU auf ihrem Leipziger Parteitag ein lupenreines Programm für den marktradikalen Umbau Deutschlands vorgelegt. Wenn jeder an sich denkt, dann ist an alle gedacht – so lautete 2003 die Botschaft der CDU in Leipzig. So schrieben es die Christdemokraten in ihr Programm. Jeder für sich, allein gegen alle – Maggie Thatcher ließ schön grüßen. „Kopfpauschale“ und „Bierdeckelsteuer“ hießen damals die Schlagworte. Und mit diesem Programm ist die CDU dann 2005 in den Wahlkampf gezogen – sehr siegesgewiss und sehr selbstbewusst.

Die Anführerin des marktradikalen Feldzugs war Angela Merkel persönlich. Daran will Frau Merkel heute nicht mehr so gerne erinnert werden. Aber sie *wird* daran erinnert. Immer wieder. Von der FDP. Von ihrem Wunschpartner Guido Westerwelle. Vom unzufriedenen Wirtschaftsflügel ihrer eigenen Partei. Alle diese Leute sind noch da. Und ihre Ideologie auch. Und sie wollen nach der Bundestagswahl 2009 endlich doch noch die Ernte einfahren. Die Ernte, die ihnen die Wählerinnen und Wähler vor vier Jahren so gründlich verhagelt haben. Sie wollen es noch einmal wissen. Für sie gilt noch immer das Motto: „Wenn nur jeder an sich denkt, dann ist an alle gedacht.“

III.

Die letzten Mohikaner des marktradikalen Zeitalters haben es noch immer nicht begriffen: Ihre Ära ist nach drei Jahrzehnten endgültig vorbei. Margaret Thatcher ist Geschichte. Die Vorherrschaft der freidrehenden, unkontrollierten Finanzmärkte ist Geschichte. Die Ära der Deregulierung und Staatsverachtung ist Geschichte. Der Marktradikalismus als prägende Leitidee eines ganzen Zeitalters ist mausetot.

Wir hier in Ostdeutschland haben ein ziemlich gutes Gespür dafür, wann eine Ära endgültig vorbei ist. Wir haben das nämlich schon einmal erlebt. Wir waren dabei, als dem Sozialismus in den Farben der SED die Puste ausging – erst als Idee, dann auch in der Wirklichkeit. Jetzt geht wieder ein Zeitalter zu Ende. Jetzt hat sich wieder eine Idee überlebt. Jetzt muss ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Ein neues Zeitalter der Vernunft, der Solidarität, der Verantwortung und der Fairness.

Seit Jahren schon warnt Helmut Schmidt unermüdlich vor den Gefahren des „Raubtierkapitalismus“. „Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst“ – das schrieb Helmut Schmidt den marktradikalen Deregulieren schon ins Stammbuch, als sie noch obenauf waren.

Und hier bei uns in Brandenburg: Wieder und wieder hat Regine Hildebrandt eindringlich gemahnt: „Kinder, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander.“ Im Miteinander – nicht in 25 Prozent Eigenkapitalrendite! Im Miteinander – nicht in der Ellenbogengesellschaft! Im Miteinander – nicht im Allein-gegen-alle!

Aber erst mit der aktuellen Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise begreifen immer mehr Menschen: So wie bisher geht es nicht weiter. Drei Jahrzehnte nach dem ihrem Aufstieg ergeht es der marktradikalen Ideologie so wie allen Ideologien: Irgendwann frisst sich die Wirklichkeit durch. Irgendwann erweist sich die Realität als stärker.

Jetzt ist es so weit. Jetzt erkennen die Menschen: Die Verantwortungslosigkeit völlig entfesselter Märkte, die Gier, der Egoismus, die Maß- und Verantwortungslosigkeit mancher Wirtschafts- und Finanzeliten, die Ära der Aktien- und Immobilienblasen – das alles bedroht unsere Gesellschaft im Innersten. Das alles müssen wir hinter uns lassen. Jetzt erkennen die Menschen: Der Marktradikalismus der letzten drei Jahrzehnte hat auf der ganzen Linie abgewirtschaftet.

Franz Müntefering hat völlig recht, wenn er sagt: Ein „Kapitalismus, die sich den Menschen und der Gesellschaft nicht verpflichtet fühlt – ein solcher Kapitalismus gehört in die Mülltonne“. Genau darum brauchen wir in Deutschland jetzt den konsequenten Neuanfang. Genau darum brauchen wir jetzt die Rückbesinnung auf eine fundamentale Einsicht: Wirtschaft muss immer für die Menschen da sein – und nicht umgekehrt die Menschen für die Wirtschaft. Darum brauchen wir in diesem Jahr in ganz Deutschland die Wende nach vorn. Darum brauchen wir eine Politik für Verantwortung und Fortschritt, eine Politik für Anstand und Ausgleich.

Dabei muss eines immer glasklar sein: Uns Sozialdemokraten geht es nicht ums Rechthaben und Rechtbehalten. Uns geht es um Lösungen im Hier und Heute. Um ganz konkrete Lösungen, die ganz konkreten Menschen helfen, damit sie in dieser schwierigen Zeit über die Runden kommen.

- Daran arbeitet Peer Steinbrück als sozialdemokratischer Finanzminister, wenn er versucht, den Zusammenbruch unseres Kreditwesens abzuwenden.
- Daran arbeitet Olaf Scholz als sozialdemokratischer Arbeitsminister, wenn er dafür sorgt, dass mit längerer Kurzarbeit Entlassungen verhindert werden.
- Und daran arbeitet in vorderster Linie vor allem unser Brandenburger Kanzlerkandidat und Bundesaußenminister, daran arbeitet mit aller Kraft Frank-Walter Steinmeier.

IV.

Lieber Frank, als wäre Deine Aufgabe als Außenminister in diesen Zeiten nicht schon hart und anspruchsvoll genug! Wie Du außerdem Tag für Tag dafür kämpfst, dass jeder nur mögliche Arbeitsplatz in Deutschland erhalten bleibt – das verdient die allergrößte Anerkennung! Auch damit machst Du Dich verdient um unser Land. Dein unermüdlicher Einsatz für Arbeitsplätze – hier in Brandenburg oder anderswo – ist nicht immer spektakulär. Das kann auch gar nicht anders sein.

Viele Gespräche müssen mit viel Umsicht und Geduld geführt werden. Ob bei Opel oder in Premnitz. Ohne dass die Öffentlichkeit immer sofort davon erfährt. Wer alles an die große Glocke hängt, der steht am Ende leicht mit leeren Händen da.

Lieber Frank, wir sind stolz, dass wir Dich dafür gewinnen konnten, hier bei uns in Brandenburg für den Bundestag zu kandidieren! Gemeinsam mit Dir – und für Dich – werden wir hier im Land in die kommenden Wahlkämpfe ziehen. Du bist ein herausragender Bundesaußenminister, einer der besten, den die Republik je hatte.

Aber: Wir wollen Dich trotzdem wieder im Kanzleramt haben. Genau dort, wo Du von 1998 bis 2005 an der Seite von Gerd Schröder so erfolgreiche Arbeit geleistet hast.

- Mit Dir als Bundeskanzler werden wir in Deutschland den „Aufbruch zum Besseren“ hinbekommen, den wir jetzt so dringend brauchen.
- Mit Dir als Bundeskanzler wird es kein Zurückfallen geben in den alten Trott, in die alten Fehler, die uns in die Krise gestürzt haben.
- Mit Dir als Bundeskanzler wird Deutschland entschlossen Konsequenzen ziehen aus dem Scheitern der marktradikalen Ideologen.
- Mit Dir als Bundeskanzler werden wir in Deutschland mutig neue Wege beschreiten – in der Wirtschaftspolitik, in der Umweltpolitik, in der Energiepolitik, in der Bildungspolitik, in der Familienpolitik.
- Mit Dir als Bundeskanzler wird also ein frischer Wind der Erneuerung wehen in Deutschland.

Du bist ständig unterwegs hier im Osten. Du weißt es selbst: Wir brauchen diesen Wind der Erneuerung. Gerade hier bei uns in Ostdeutschland hängt enorm viel davon ab, dass sich die Krise nicht festfrisst.

Bei uns hier im Osten trifft die Krise besonders viele Menschen in einer Lage, in der sie gerade erst begonnen hatten, vorsichtig Vertrauen zu fassen. In einer Lage, in der sie gerade erst begonnen hatten, festen Boden unter den Füßen zu finden. Millionen von Menschen hier bei uns im Osten haben sich in den letzten Jahren zum ersten Mal überhaupt herausgearbeitet aus den größten Schwierigkeiten der Nachwendejahre. Viele haben erst in den letzten Jahren eine Ausbildung abgeschlossen oder ein Studium, einen neuen Arbeitsplatz gefunden, eine Familie gegründet, ein Eigenheim oder ein neues Auto gekauft.

Das alles ist noch nicht gefestigt. Die meisten Menschen hier im Osten haben keine großen Reserven für schwierige Zeiten. Anders als viele in Westdeutschland können Ostdeutsche meist auch keinem nennenswerten Erbe entgegensehen. Darum ist die Sorge vieler Menschen hier im Osten groß, jetzt könnte das Erarbeitete der letzten Jahre wieder bedroht sein. Darum gibt es die Befürchtung, wir im Osten könnten in der Krise aufs Neue ins Hintertreffen geraten. Darum wachsen die Erwartungen an den Staat und an die Politik.

V.

Alle diese Erwartungen, alle diese Sorgen und Befürchtungen müssen wir sehr, sehr ernst nehmen. Wir tun das aber nicht, indem wir immer noch einen draufsetzen, indem wir Panik schüren und den Menschen Angst vor der Zukunft einjagen. Die Sozialdemokratie gehörte in ihrer langen Geschichte niemals zu den Parteien, die versucht haben, Mehrheiten mit einer „Politik der Angst“ zu gewinnen. Auf diese gute Tradition können wir stolz sein!

Oskar Lafontaine kann noch so viel von „politischen Generalstreiks“ schwadronieren. Neuerdings empfiehlt er sogar Managerentführungen nach französischem Vorbild. Das ist die Politik des Aufwiegelns und des Populismus. Da

wird nicht einmal mehr ansatzweise der Anschein erweckt, als ginge es um praktische Lösungen für Menschen mit praktischen Problemen.

Man muss nicht begeistert sein über die Leistung jedes einzelnen Bankmanagers in Deutschland. Aber welches Problem sich damit lösen lässt, dass man sie entführt, das bleibt Lafontaines Geheimnis. Mein Eindruck ist übrigens: Mit Lafontaines Aufrufen zum Aufruhr können auch einige Vertreter der Linkspartei hier in Brandenburg nicht viel anfangen. Aber inzwischen geben in der Linkspartei nun einmal wirre Maoisten, Trotzlisten und Leninisten den Ton an. Manchen gestandenen PDSlern hier in Ostdeutschland dämmert erst jetzt so langsam, mit was für Sektierern sie sich da eingelassen haben.

Wir werden sehen, wie viel Unabhängigkeit sich zum Beispiel der Brandenburger Landesverband der Linken bewahren kann. Ideologie und Gesinnung" besitzen unter Lafontaines Führung einen höheren Stellenwert als das Landesinteresse – das sagt Carl Wechselberg, der Berliner Abgeordnete der soeben aus der Linkspartei ausgetreten ist. Kein Landesverband der Linken solle sich einbilden, dass er eigenständige Politik machen könne.

Wir sagen dazu nur dies: Die Linke in Brandenburg wird eigenständige Politik machen *müssen*. Sie wird es *müssen*! Tut sie das nicht, dann wird auch sie im Sumpf des ultralinken Populismus versinken, in den Lafontaine die Partei geführt hat.

VI.

Praktische Lösungen für Menschen aus Fleisch und Blut sind von dieser Seite also nicht zu erwarten. Die Linkspartei täte gut daran, sich stattdessen ein Beispiel an den Gewerkschaften zu nehmen. Die nämlich haben längst begriffen, dass diese Krise in ihrem Ausmaß nicht die geeignete Zeit ist für kindisches Getöse. Ich zitiere hier stellvertretend für viele andere Gewerkschafter den Vorsitzenden der IGBCE, Kollegen Hubertus Schmoldt: „Ich kann nur jedem empfehlen“, so Schmoldt, „seinen Beitrag zu leisten, dass diese schwierige, für uns alle einmalige Krise *ohne soziale Verwerfungen* gemeis-

tert wird. Deshalb tun wir ja alles, um Beschäftigung zu sichern und kämpfen um jeden Arbeitsplatz.“

Genau diese besonnene Entschlossenheit brauchen wir jetzt in Deutschland. Den Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz führen wir in der Tat gemeinsam mit allen, denen es um handfeste Lösungen geht. Mit den Gewerkschaften. Mit den Betriebsräten. Mit den Kammern und mit verantwortungsbewussten Unternehmen. Von denen gibt es übrigens eine ganze Menge gibt, das erfahre ich in meinen Gesprächen immer wieder. Ich bin mir sicher: Wir werden diesen Kampf um Arbeitsplätze auch *gewinnen*, wenn wir ein paar zentrale Einsichten nicht vergessen.

Erste Einsicht: Bei aller berechtigten Empörung über die Auswüchse der vergangenen Jahre – wir alle brauchen eine effiziente Ökonomie. Wir alle brauchen wettbewerbsfähige Produkte. Wir alle sind angewiesen auf funktionierende Märkte und auf ein intaktes Bankensystem.

Zweite Einsicht: Vom Zusammenspiel dieser Faktoren hängen die Arbeitsplätze und der Wohlstand der Menschen in unserem Land ab. Nur mit einer Wirtschaft, die brummt, werden wir auf Dauer unseren Sozialstaat finanzieren können.

Und umgekehrt: Nur der funktionierende Sozialstaat, der schützt und vorsorgt und von Anfang an in die Menschen investiert, sichert auf Dauer Arbeit, Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir Brandenburger Sozialdemokraten wissen das. Das verantwortungslose Aufwiegeln gegen „die Wirtschaft“ oder „die Unternehmer“ im Allgemeinen überlassen wir anderen. Das überlassen wir denen, die sich um die praktischen Folgen ihrer Rhetorik keine Gedanken machen, weil sie sowieso keine Verantwortung übernehmen wollen – und es auch nicht können.

Genau das ist hier in Brandenburg der Unterschied: Andere liegen sich untereinander in den Haaren oder planen den Umsturz - wir Brandenburger Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung für das Miteinander in unserem Land. Dass wir – mit dem Gesicht zu den Menschen – immer verlässlich Ver-

antwortung übernommen haben für unser Gemeinwesen. Gerade in schwierigen Zeiten. Ich glaube – nein, ich bin mir sicher: Genau *das* vor allem ist es, was die Bürgerinnen und Bürger an uns Brandenburger Sozialdemokraten zu schätzen wissen. Genau das erwarten sie von uns.

Verantwortung für das Miteinander: *Das* ist das Kennzeichen, das ist der Markenkern unserer Partei in diesem Land! Seit Manfred Stolpe und seit Regine Hildebrandt! Und dabei muss es bleiben. Auch darum geht es, wenn am 27. September ein neuer Landtag und ein neuer Bundestag gewählt werden.

VII.

In diesen Tagen und Wochen laufen die Erinnerungsfeierlichkeiten an: 60 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR. Die 89er-Gedenktermine häufen sich schon jetzt. In diesen Maitagen vor genau 20 Jahren machten sich die ungarischen Grenztruppen daran, die alten Sicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich abzubauen. Schon damit bekam der Eiserne Vorhang durch Europa Risse. Schon damit gerieten die Verhältnisse auch in der DDR unter Druck.

Und vorgestern vor 20 Jahren, am 7. Mai fand die letzte Kommunalwahl vor dem Ende der DDR statt. Noch einmal versuchte damals die SED in großem Stil, die Wahlergebnisse zu verfälschen. Aber zum ersten Mal überhaupt setzten Bürgerinnen und Bürger an vielen Orten eigene Stimmzählungen durch und deckten den Wahlbetrug auf.

Wir in Ostdeutschland tun gut daran, uns vor allem an *die* Abschnitte unserer Geschichte zu erinnern, die wir selbst gemacht und aktiv gestaltet haben. 1989 war das Jahr, in dem in der DDR millionenfach aus Untertanen selbstbewusste Bürger wurden. 1989 sind wir gemeinsam aufgebrochen. „Wir sind das Volk“, riefen damals die Menschen überall auf den Straßen und Plätzen. Das hieß: „Auf uns selbst kommt es jetzt an!“

Diese zupackende Grundhaltung der Ostdeutschen im Herbst 1989 können wir jetzt wieder gut gebrauchen – erst recht in der Krise. Das ist das wichtig-

te Erbe unserer damaligen Revolution. Daran sollten wir anknüpfen – und zwar in ganz Deutschland.

Aber genauso stolz können wir auf das sein, was die Bürgerinnen und Bürger unter ganz schwierigen Bedingungen in den vergangenen 20 Jahren hier in Ostdeutschland völlig neu aufgebaut haben. Wenn es um 1989 geht, dann ist derzeit immer sehr viel die Rede von der „Lebensleistung“ der Menschen in der DDR. Das ist auch richtig so. Ich selbst habe 35 Jahre lang in der DDR gelebt. Wie Millionen andere habe ich in diesem Staat geliebt, gearbeitet – manchmal auch gelitten.

Ich sage klipp und klar: Wer die Lebensleistung der Menschen in der DDR pauschal bestreitet, der hat keine Ahnung, wovon er redet. Aber dies ich genauso klipp und klar: Wenn wir über die Lebensleistung der Ostdeutschen *vor* 1989 reden, dann müssen wir auch über die Lebens- und Aufbauleistung der Ostdeutschen *seit* 1989 reden. Gerade *sie* gehört in diesem Jubiläumsjahr in den Mittelpunkt.

Über *diese* Lebensleistung der Ostdeutschen *seit 1989* wird bisher viel zu wenig geredet! 1989 bis 2009 – das sind volle zwei Jahrzehnte, die Hälfte der gesamten Lebenszeit der DDR. Ostdeutschland 2009, das bedeutet schon lange nicht mehr nur „Ex-DDR“.

Ostdeutschland 2009 – das ist viel mehr. Das ist die moderne Region mitten in Europa, die wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten gemeinsam aufgebaut haben. Das verdient großen Respekt und Anerkennung. Und genau daraus ist ein neues ostdeutsches Selbstbewusstsein gewachsen.

Zwei ganz schwierige Jahrzehnte liegen hinter uns. Zwei Jahrzehnte, in denen sich die Menschen hier im Osten völlig neu orientieren, in denen sie immer wieder völlig Neues ausprobieren mussten. Wir haben Rückschläge erlitten – und wir sind trotzdem immer wieder aufgestanden. Wir haben uns den Staub abgeklopft, und wir haben nicht aufgegeben.

Weitermachen und nicht aufgeben – genau das haben wir in Ostdeutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr gründlich gelernt. Das sind nicht

die schlechtesten Fertigkeiten, um in diesen schwierigen Zeiten zurechtzukommen. „So schnell wird uns diese Krise nicht umwerfen“, sagen mir die Leute überall, „wir haben schon ganz andere Sachen erlebt.“ Diese Grundhaltung ist es, die uns jetzt zugute kommt. Wir im Osten haben uns in den letzten 20 Jahren nicht unterkriegen lassen. Ich mir ganz sicher: Wir werden auch die nächsten 20 Jahre meistern.

Die politische Kraft in Brandenburg, die wie keine andere für zwei Jahrzehnte Aufbau seit 1989 steht, das sind wir, das ist die Brandenburger Sozialdemokratie. An der Seite der Menschen in diesem Land haben wir Brandenburg weit vorangebracht. Wir haben viel Grund zu Selbstbewusstsein. Aber wir haben nicht den geringsten Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir sind noch lange nicht damit fertig, dieses Land zu verbessern.

Jetzt haben wir weitere Verstärkung erhalten. Gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wird die Erneuerung weitergehen. Wir alle gemeinsam tragen die Verantwortung für das Miteinander in unserem Land. Am 27. September haben wir die Wahl.